

Alternativer Medienpreis 2016 Laudatio auf den ersten Preis in der Sparte Print: Henning Bleyl über Kühne+Nagel

"Dürfen Journalisten so massiv als politische Akteure auftreten?" fragt das Verdi-Magazin MMM. Ja, meint Hennig Bleyl, „das darf man tun, wenn man die Erfahrung gemacht hat, trotz präziser, wiederholter Berichterstattung über ein volles Jahr hinweg auf Granit zu beißen“.

"Kein anderes internationales Unternehmen" so schreibt er im Juli 2015 in der TAZ, "riskiert einen derart eigenwilligen Umgang mit seiner Geschichte wie der Logistikkonzern Kühne+Nagel." Und: "Es geht bei Kühne+Nagel nicht um irgendeinen Mittelständler, der sich durch die NS-Zeit lavierte – sondern um einen wesentlichen Protagonisten des wirtschaftlichen Teils des größten Raubmords der Geschichte, als der der Holocaust zu qualifizieren ist."

Der zum alternativen Medienpreis eingereichte Artikel ist Teil einer ganzen Serie von Berichten über die Rolle der Spedition Kühne + Nagel im Nazireich und über den unkritischen Umgang der Firma mit ihrer Geschichte.

Die Aktivitäten der Firma reichten von Transportlogistik für die Wehrmacht bis zur Beteiligung an der Möbel-Aktion, als Kühne+Nagel im Auftrag des NS-Staates an die 70000 Wohnungen von geflohenen und deportierten Juden ausräumte und den Hausrat verteilte, versteigerte oder verkaufte. Auch Adolf Maass, der jüdische Anteilseigner wurde aus der Firma gedrängt und stirbt Anfang 1945 im KZ Auschwitz. Aber Kühne+Nagel hat nicht nur sich selbst "arisiert", sondern auch die Konkurrenten massiv beeinflusst.

Noch heute weigert sich die Firma, sich ihrer Vergangenheit zu stellen und genau hier hakt Henning Bleyl beharrlich nach. Über ein Dutzend Artikel zum Thema Vergangenheit der Firma Kühne+Nagel sind innerhalb eines Jahres erschienen. Allein diese Ausdauer verdient Beachtung.

Und als die Firma einen Bauantrag für die Erweiterung ihres Firmensitzes stellte und dafür weiteres Land erwerben wollte, kam die Redaktion der TAZ auf die schöne Idee, vier Quadratmeter des Grundstücks zu erwerben und dort ein Arisierungs-Mahnmal zu errichten. Dieser Wunsch ging zwar nicht in Erfüllung, die Stadt Bremen wollte das Grundstück nicht zerstückeln, aber die Idee eines Mahnmals für Arisierungsoffer und Judenauktion ist damit noch nicht vom Tisch. Die Stadt Bremen steht der Errichtung dieses Denkmals positiv gegenüber.

Und, um auf die anfangs gestellte Frage zurück zu kommen: Ja, Journalisten dürfen als politische Akteure auftreten. Mehr noch: Kritischer Journalismus muss als politischer Akteur auftreten.

Sven Mainka